



Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Gruppe DIE LINKE / DIE PARTEI Datum: 29.03.2023	Antrag	2023/116
	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich	

Beratungsgegenstand:

Antrag der Gruppe Die Linke / Die Partei vom 27.03.2023 zum Thema: "Tarifvertrag"

Produkt/e:

111-100 Verwaltungsführung

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

N 17.04.2023 Kreisausschuss

Ö 20.04.2023 Kreistag

Anlage/n:

Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Die Gruppe DIE LINKE/ Die PARTEI bittet den Kreistag zu beschließen:

Die Vertreter*innen des Kreises setzen sich in den Gremien der kommunalen Arbeitgeber*innen und auch öffentlich für faire Tarifverhandlungen und vor allem für die berechtigten Forderungen ihrer Beschäftigten und deren Gewerkschaft nach besserer Bezahlung ein.

Sachlage:

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sowie die Gewerkschaft ver.di fordern in den aktuellen Tarifverhandlungen eine Lohnerhöhung von 10,5 % und mindestens 500 Euro mehr sowie 200 Euro zusätzlich für Auszubildene und deren Übernahme. Diese Forderungen sind absolut berechtigt – vor allem angesichts der besonderen Belastungen durch die Corona-Pandemie in den vergangenen Jahren sowie die Preiserhöhungen und Inflation in den letzten Monaten. Der öffentliche Dienst beweist gerade auch in Krisenzeiten seine hohe Bedeutung für unsere gesamte Gesellschaft. Auch deswegen muss die Arbeit der Beschäftigten besonders gewürdigt werden.

Die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) hat bisher kein Angebot vorgelegt, das aus Sicht des Kreistages, der Beschäftigten und der Gewerkschaft eine Grundlage für fairen Verhandlungen sein kann.

Gruppe im Lüneburger Kreistag

Gruppensprecher: Markus Graff

Dorfstr. 33d 21365 Adendorf

Tel.: 0177-3224686

kreistagsfraktion@dielinke-lueneburg.de

Lüneburg, den 27.03.2023

An den Landkreis Lüneburg
Herrn Landrat Jens Böther
Auf dem Michaeliskloster 4
21335 Lüneburg

Antrag an den Kreistag: Beschäftigte im öffentlichen Dienst besser bezahlen!

Die Gruppe DIE LINKE /Die PARTEI bittet den Kreistag zu beschließen:

Die Vertreter*innen des Kreises setzen sich in den Gremien der kommunalen Arbeitgeber*innen und auch öffentlich für faire Tarifverhandlungen und vor allem für die berechtigten Forderungen ihrer Beschäftigten und deren Gewerkschaft nach besserer Bezahlung ein.

Begründung:

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sowie die Gewerkschaft ver.di fordern in den aktuellen Tarifverhandlungen eine Lohnerhöhung von 10,5 % und mindestens 500 Euro mehr sowie 200 Euro zusätzlich für Auszubildene und deren Übernahme. Diese Forderungen sind absolut berechtigt – vor allem angesichts der besonderen Belastungen durch die Corona-Pandemie in den vergangenen Jahren sowie die Preiserhöhungen und Inflation in den letzten Monaten. Der öffentliche Dienst beweist gerade auch in Krisenzeiten seine hohe Bedeutung für unsere gesamte Gesellschaft. Auch deswegen muss die Arbeit der Beschäftigten besonders gewürdigt werden.

Die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) hat bisher kein Angebot vorgelegt, das aus Sicht des Kreistages, der Beschäftigten und der Gewerkschaft eine Grundlage für fairen Verhandlungen sein kann

Mit freundlichen Grüßen



Markus Graff
Gruppensprecher